

Martin Kronauer

## Ausnahmezustand? Weitermachen, wie bisher, geht nicht mehr

Einspruch zum Beitrag der PROKLA-Redaktion

### *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*

#### Der Ausgangspunkt: Der Aufstieg der Rechten

Die Jahrzehnte der politischen Entfesselung von Kapital-, Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkten, des Rückzugs der Politik hinter die angeblichen Sachzwänge der Globalisierung, der Alternativlosigkeit von Bankenrettungen und Spardiktaten für die öffentlichen Haushalte haben die Gesellschaften Europas sozial und politisch tief gespalten und die Europäische Union (EU) an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Tiefe soziale und politische Verwerfungen prägten ebenfalls die Präsidentschaftswahlen in der noch immer stärksten kapitalistischen Wirtschaftsmacht USA. Alarmierend ist die Tatsache, dass die Proteste gegen die realen oder auch nur befürchteten Folgen der solcherart ins Werk gesetzten Globalisierung immer stärker von nationalistisch-fremdenfeindlichen Parteien und politischen Hasardeuren gebündelt und angeführt werden. In einigen europäischen Ländern stellen sie bereits die Regierung oder haben sie gute Chancen, dies in absehbarer Zeit zu tun. Der Brexit kam nicht zuletzt mit fremdenfeindlichen Parolen zustande. In den USA hat eine schamlos rassistische und dezidiert chauvinistische Wahlkampagne zum Ziel geführt. Alarmierend für die Linke ist auch der Tatbestand, dass ArbeiterInnen und Angehörige der unteren, abhängig

beschäftigten Mittelschichten überproportional in der Wählerschaft dieser Parteien und Koalitionen vertreten sind, ungeachtet dessen, dass deren Programme den Interessen von Lohnabhängigen vielfach diametral entgegengesetzt sind. Gefährlich sind die Verlockungen, auf den nationalistisch-fremdenfeindlichen Wagen aufspringen zu wollen, in der illusionären Hoffnung, ihn dann in eine andere Richtung lenken zu können.

In dieser Konstellation hat die PROKLA-Redaktion in Heft 185 mit einem eigenen Artikel außerhalb des Editorials einen wichtigen und notwendigen Anstoß dazu gegeben, in der Zeitschrift die kritische Lage und die aus ihr folgenden „Aufgaben der Linken“ (539) zu diskutieren.<sup>1</sup> Dazu will der vorliegende „Einspruch“ beitragen.

Dies erfordert zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Ausgangstext. Die Redaktion unternimmt hier den Versuch, eine umfassende Analyse der Weltlage vorzulegen, aus der sich „die gegenwärtige Situation“ (535) erschließt. Dass ein solch ambitioniertes Projekt aller Ehren wert, aber nur sehr schwer zu realisieren

---

1 Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf: PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 507-542.

ist, versteht sich von selbst. Das Problem des Redaktionsbeitrags sehe ich deshalb weniger darin, dass es den selbst auferlegten Anspruch aus nachvollziehbaren Gründen kaum einlösen kann, sondern vielmehr darin, dass bei diesem Versuch auf der Strecke bleibt, worauf es eigentlich ankäme: in der Analyse der „gegenwärtigen Situation“ Probleme kenntlich zu machen und Fragen aufzuwerfen, die angegangen werden müssen, um der Rechtsentwicklung zu widerstehen.

### Die Analyse der Redaktion: „Ausnahmestandard“ – und dann?

In ihrem Beitrag nimmt die Redaktion nicht nur die Weltlage in den Blick, sie will diese zudem auf einen Punkt bringen, den sie dramatisch zuspitzt: den Ausnahmestandard. „Der globale Kapitalismus im Ausnahmestandard“ lautet der Titel. Im Folgenden ist dann ausführlich von der „Transformation der Geschlechterverhältnisse und (der) Krise der sozialen Reproduktion“, von „ökoimperialen Spannungen und autoritärer Abschottung“ sowie der „Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes“ die Rede, von Themen also, zu denen die PROKLA schon seit Jahren regelmäßig publiziert. Was trägt das zur Diagnose vom „Ausnahmestandard“ und dazu noch dem des „globalen Kapitalismus“ bei? Ausnahmestandard unterstellt einen Normalzustand, von dem die Ausnahme auf einschneidende Weise abweicht. Dass dies so sei, belegt der Beitrag nicht. Einschneidend Neues, das einen „Ausnahmestandard“ kennzeichnen würde, in dem sich der „globale Kapitalismus“ befinden soll, wird allein aus der Wiederholung und Zusammenfassung bekannter Analysen nicht ersichtlich. Dass allenthalben Krisen zu verzeichnen sind, konstituiert

in einer sozialökonomischen Formation, in der Krisen endemisch sind, noch keinen Ausnahmestandard.

„Ausnahmestandard“ ist, strenggenommen, allerdings auch kein Begriff, mit dem sich die Entwicklung „globaler“ sozialökonomischer Verhältnisse („Kapitalismus“) überhaupt fassen ließe. Denn er hat ja eine politisch und rechtlich einigermaßen eng gefasste Bedeutung. Den Anlass für die Stellungnahme der Redaktion bilden denn auch, wie im ersten Satz angesprochen, „die politischen Entwicklungen“. Aber ausgerechnet in der Beschreibung dieses Anlasses bleibt der Beitrag merkwürdig unbestimmt und blass: „Die politischen Entwicklungen haben sich in den vergangenen Monaten und Jahren enorm beschleunigt“ (507). Es folgt eine Aufzählung, die sich über mehr als eine halbe Seite erstreckt, von historischen Ereignissen unterschiedlichster Art, „die die öffentliche Diskussion in den letzten zwei Jahren bestimmt haben“ (ebd.). Warum aber soll uns gerade die „Beschleunigung politischer Entwicklungen“ beunruhigen und beschäftigen? Dazu sagt der Absatz nichts.

Das Thema „Ausnahmestandard“ greift die Redaktion erst 18 Seiten später wieder auf, unter der Überschrift „Der Aufstieg der Rechten und die Momente des Ausnahmestandards“ (525). Hier lässt sie dann die Vorsicht walten, die bereits bei der Wahl des Gesamttitels geboten gewesen wäre. Im Text ist von Ausnahmestandard nur gelegentlich und vor allem metaphorisch die Rede, insbesondere mit Blick auf die Erfahrungen verfolgter Minderheiten. Im folgenden Kapitel („Neuer Faschismus?“) warnt das Redaktionskollektiv ausdrücklich vor einem inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs und fordert eine differenzierte, länderspezifische Analyse der „Übergänge in den Ausnahmestaat“ (530) ein. Gerade darum aber würde es gehen:

die Gefahren, Kräfte und möglichen neuen Formen solcher „Übergänge in den Ausnahmestaat“ zu kennzeichnen. Hier hält sich der Beitrag, ungeachtet des dramatisierenden Ankündigungstitels, zurück.

Kurzum: Es irritiert die Diskrepanz zwischen großem analytischem Anspruch und dem bescheidenen Ertrag für ein Thema, das tatsächlich unter den Nägeln brennt. Diese Diskrepanz ist angesichts einer weitverbreiteten Ratlosigkeit weder verwunderlich noch verwerflich. Sie darf jedoch, wenn wir darüber hinaus kommen wollen, nicht kaschiert werden, wie es mit dem starken Wort „Ausnahmezustand“ im Titel geschieht, dem dann jedoch so wenig folgt. Die Irritation nimmt allerdings zu und wird ausgerechnet im abschließenden Abschnitt über „die Aufgabe der Linken“ (539f.) zum Problem. Der große Anlauf endet dort im Klein-Klein taktischer Bündnisüberlegungen, Wahlarithmetik und Ratschläge an die Linkspartei. Ist das Sache der PROKLA? Kein einziger Satz fällt über Themen und Fragen, die anstehen und über die gesellschaftspolitisch zu streiten lohnt, ja gestritten werden muss (vielleicht ja auch innerhalb und mit der Linkspartei!) – gerade dann, wenn verhindert werden soll, dass „Ausnahmezustand“ tatsächlich wieder zu einer herrschenden politischen Realität wird.

Was wären Fragen, die gestellt und Themen, um die gestritten werden müssten? Zwei eng aufeinander bezogene Punkte greife ich heraus.

### Das Problem des „sozialen Zusammenhalts“

Der erste Punkt betrifft die Analyse der gegenwärtigen Konstellation, den Aufstieg der gesellschaftlichen und politischen Rechten. Hier finden sich im Redaktionsbeitrag einige, allerdings widersprüchliche

Hinweise. Bestehen tatsächlich die dort genannten „gewisse[n] Parallelen zwischen dem Faschisierungsprozess der 1920er und 1930er Jahre und der heutigen Situation“? „In beiden Fällen“, so heißt es weiter, „folgen die gesellschaftlichen Rechtsverschiebungen auf eine Niederlage der Arbeiterklasse in der Krisensituation“. Ist diese Parallele gar „unübersehbar“ (530)? Oder steckt doch mehr Erkenntnis in dem Passus: „Der ‚real existierende Sozialismus‘ hat sozialistisch-kommunistische Bewegungen weitgehend diskreditiert, und diese Hypothek wirkt sich bis heute aus. Dem Neoliberalismus sind gewissermaßen die Gegner abhandengekommen, an denen er sich abarbeiten und durch die er sich überhaupt erst entwickeln konnte“ (537)?

In der Tat spricht vieles dafür, dass der heutige Aufstieg der Rechten in weiten Teilen Europas und auch in den USA nicht als eine von den herrschenden Kapitalfraktionen in einer Krisensituation lancierte oder gestützte, präventive Konterrevolution gegen eine noch starke linke Opposition gedeutet werden kann, wie es für die 1920er und 1930er Jahre galt. Die für die jüngere europäische Entwicklung einschneidende Niederlage der englischen Arbeiterklasse fand bereits zu Beginn des politischen Durchmarschs des Neoliberalismus in den 1980er Jahren statt, nicht erst in den Krisensituationen seit der Jahrtausendwende. Diese Niederlage wirkte bis in den „Brexit“ nach. Wann hat in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Polen oder Ungarn in den letzten Jahrzehnten eine organisierte Arbeiterklasse gegen den Neoliberalismus gekämpft und eine Niederlage erlitten? Niederlagen haben allenfalls Hoffnungen unter den Wählern sozialdemokratischer Parteien erlitten, die auf ein politisches Gegengewicht gegen den Neoliberalismus setzten und erleben mussten, wie die Sozialdemokratie von Blair und

Schröder bis Hollande neoliberale Politik betrieb.

Anders scheint es in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien zu sein. Weil dort gekämpft wurde und wird (allerdings auch viele Niederlagen hingenommen werden mussten), sind bislang auch die rechten Gruppierungen nicht so stark. Das Problem liegt also, so scheint es, weit mehr im Fehlen der den Neoliberalismus herausfordernden Kämpfe als in deren Niederlagen. Nur deshalb können sich die rechten Gruppierungen heutzutage zur einzig wirklichen Opposition gegen die „Eliten“ stilisieren, obgleich sie in ihrem Führungspersonal und ihren Ideologien sehr kapitalfreundlich ausgerichtet sind. Nur deshalb können sie dabei auch überproportional Wählerinnen und Wähler aus der Arbeiterschaft anziehen.

Wenn aber die gegenwärtige Rechtsentwicklung schwerlich in Analogie zu den 1920er und 1930er Jahren verstanden werden kann, wie dann? Sie scheint mir vor allem – damit komme ich auf den Beginn dieses Einspruchs zurück – eine Reaktion auf die sozialen Zersetzungen und Spaltungen der Gesellschaften zu sein, in denen der Neoliberalismus unter dem Etikett der Alternativlosigkeit seit mehr als dreißig Jahren die Richtung vorgibt, ohne auf wirkmächtige Gegenkräfte zu stoßen.

Wenn diese Überlegung zutrifft, hat sie politische Implikationen. Denn dann muss es zunächst vor allem darum gehen, diejenigen Institutionen und Kräfte zu stärken, die noch an einer gegenseitigen gesellschaftlichen Verantwortung festhalten, um die Rechtsentwicklung zurückzudrängen. Dass das „soziale Bewusstsein“ (de Swaan) als politische Kraft trotz massiver Tendenzen zur Vermarktlichung in nahezu allen Lebensbereichen auch in der deutschen Bevölkerung (noch) nicht verbraucht ist, zeigten u.a. die „Willkommenskultur“

und eine hohe Bereitschaft zur Verteidigung öffentlicher Güter gegen deren Privatisierung.

Es kann kein ‘Rezept für soziale Kohäsion’ in kapitalistischen Gesellschaften geben, denn die ist unter den Produktions- und Lebensbedingungen dieser Gesellschaften immer gefährdet. Aber dass sozialstaatlicher Schutz vor Marktabhängigkeit, die Verringerung ökonomischer Ungleichheit und glaubwürdige politische Institutionen zu ihrer Stärkung beitragen – ebenso wie zur Stärkung der Lebensqualität in einer Gesellschaft – kann als gesichert gelten. Um sie muss aber erst gekämpft werden, und dies steht in aller Dringlichkeit an. Damit würde eine Verteidigungslinie – nicht mehr, aber auch nicht weniger – geschaffen, die sich gleichermaßen gegen die Politik der Marktdominanz und die sozialen Spaltungen und Ausgrenzungen, die sie bewirkt, richtet, wie gegen die politisch ausgrenzende Rechte. Wenn es nicht gelingt, wechselseitige gesellschaftliche Verantwortung institutionell und auf demokratische Weise zu stärken, treibt das die Sehnsucht nach nationalistischer Pseudo-Gemeinschaft an. Die Gefahr nationalistischer Abschottungsversuche ist mit einer „Politik des Sozialen“, wie ich sie hier andeute, nicht gebannt, aber sie kann unter diesen Bedingungen politisch offensiver angegangen werden.

### Individuelle Selbstbestimmung versus Arbeiterklassenpolitik? Eine gefährliche Scheinalternative

Daran schließt der zweite Punkt an. Im Vormarsch der Rechten verbinden sich auf diffuse und gefährliche Weise Elemente eines „Kulturkampfes“ mit Protest, der sich aus der sozialen Frage speist. Der Kulturkampf richtet sich in Deutschland, aber nicht nur hier, gegen „den Islam“,

Ausländer, „den Feminismus“, Homosexualität, „die 1968er“, Inklusion in der Schule, „Politische Korrektheit“, kurz: gegen als solche wahrgenommene und deklarierte Fremdheit und gegen die Offenheit Fremdem gegenüber. Die Reinheit der Nation wird wieder zum Idealbild, nun als Bollwerk gegen die Folgen der Globalisierung, von der man doch selbst am meisten, nur eben national-exklusiv, profitieren möchte. Verfechter des publizistisch ausgetragenen Kulturkampfs sind konservative oder mittlerweile auch wieder offen rechtsradikale bürgerliche, akademische Kreise.

Der Protest, der sich aus der sozialen Frage speist, kommt in den überproportionalen Anteilen zum Ausdruck, in denen Angehörige der „unteren Klassen“ in der Wählerschaft vertreten sind. Hier ist es der Protest selbst, der in erster Linie zählt, nicht das Vertrauen in die Politikfähigkeit der Gewählten. Inwieweit die Unterstützung durch Angehörige der Mittelklassen ebenfalls aus sozialen Abstiegsängsten herührt, wie häufig behauptet wird, oder aus der Anziehungskraft des Kulturkampfs auf traditionell konservative Wählergruppen, die von der Merkel-CDU nicht mehr bedient werden, oder aus einer Kombination von beidem, lässt sich derzeit kaum entscheiden. Fremdenfeindlichkeit oder auch „nur“ das Motiv der Abwehr von Konkurrenz für die „Einheimischen“ schlägt eine Brücke zwischen den Elementen.

Die gefährliche Mischung von Kulturkampf und sozialer Frage scheint mir einer der entscheidenden Gründe für die Ratlosigkeit in der Linken zu sein. Didier Eribons Buch *Die Rückkehr nach Reims*, auf das die Redaktion in ihrem Artikel hinweist (527), dürfte vor allem deshalb in Deutschland eine so außergewöhnliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, weil es zeigt, wie die französische Rechte

sich aus beiden Quellen nährt. Eribon konfrontiert die Linke mit der Frage, wie sie über ihr (notwendiges) Engagement für individuelle Selbstbestimmung die mittlerweile kulturell wie politisch marginalisierte Arbeiterklasse vergessen konnte, die, heimatlos geworden, sich in einem erheblichen Maße dem Front National zuwendet.

Das „Verschwinden“ der Arbeiterklasse aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein, aber auch aus dem Selbstbild als „Arbeitnehmer“, schwächt die Widerstandskräfte gegen die Rechte ausgerechnet in einer Zeit, in der unter dem Einfluss der vorherrschenden neoliberalen Politik soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Klassenspaltungen wieder schärfer denn je in der Nachkriegsgeschichte hervortreten. Gegen autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen war die Arbeiterschaft bekanntlich nie gefeit, zumal nicht die US-amerikanische. Umso mehr gilt es, gegenzuhalten. Denn die Zuflucht in eine nationalistische Identität wird die Arbeiterschaft nicht vor den Folgen der Spaltungen schützen, so wenig wie sich die Arbeiterwähler von Donald Trump durch das kapitalistische Gruselkabinett, das er berufen hat, vertreten sehen werden. Widerstandskräfte werden in der Arbeiterschaft nur durch die neuerliche Konstituierung eines eigenständigen Bewusstseins als Arbeiterklasse entstehen können – d.h. eines Bewusstseins davon, dass die Quelle der Ungleichheit, Ausbeutung und Ausgrenzung in den kapitalistischen Verhältnissen selbst liegt, nicht in der Gestalt des Fremden, nicht in der Gestalt fremder Kultur, und nicht von „außen“ kommt.

Das teuflische Spiel der publizierenden Rechten in Deutschland besteht nun darin, dass sie „politische Korrektheit“ und die Akzeptanz von Diversität und Multikulturalität (letztlich: das Eintreten für individuelle Selbstbestimmung) anprangert,

dabei im Namen des vernachlässigten „Volks“ auftritt und damit an das schlechte Gewissen der Linken rührt. Es ist dies ein Ablenkungsmanöver, das die für die soziale Frage Verantwortlichen dem Blickfeld entzieht.

Wenn sich die Linke auf diesen Kulturkampf einlässt, um sich den rechts wählenden Teilen der Arbeiterschaft anzubieten, steckt sie in der Falle. Denn sie würde damit gerade preisgeben, was für die Konstituierung einer Arbeiterklasse als gesellschaftlicher Widerstandskraft entscheidend ist: ihren eigenen Kampf um individuelle und kollektive Selbstbestimmung, und zwar als Auseinandersetzung in und mit den kapitalistischen Verhältnissen.

Die Arbeitermilieus mit ihren eigenen Vereinen, Nachbarschaftsorganisationen und politischen Affinitäten zur KP Frankreichs, die den Eltern von Eribon noch eine gesellschaftliche Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse vermittelten und die auch in Deutschland in ähnlicher Weise, allerdings sozialdemokratisch ausgerichtet, nach dem Krieg noch existierten, sind unwiderruflich Vergangenheit. Nicht zuletzt

hat die Aufstiegsmobilität in der Phase der wirtschaftlichen Prosperität und des Ausbaus von Sozialstaatlichkeit, für die Didier Eribon selbst ein personifiziertes Beispiel ist, dazu beigetragen. Die Teilhabe der Arbeiterschaft an der Prosperität, der Ausbau von Sozialstaatlichkeit und die Möglichkeiten zu sozialem Aufstieg mussten aber erst erkämpft werden – und sind heute wieder gefährdet oder werden zurückgenommen. Umso schärfer tritt die Rückkehr der Unsicherheit ins Bewusstsein, die zwar nie ganz überwunden, aber doch zurückgedrängt war; umso schärfer machen sich die immer noch vereitelten Aufstiegsversprechen durch Bildung für die eigenen Kinder bemerkbar; umso stärker widersprechen die neoliberalen Anrufungen zur individuellen Verantwortung den blockierten individuellen wie kollektiven Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb und im alltäglichen Leben außerhalb der Arbeit; umso fühlbarer sind die Verletzungen von Gerechtigkeitserwartungen. Dies sind keine nationalen oder gar völkischen Fragen. Es sind Klassenfragen, und als solche muss die Linke sie aufgreifen.